

Sandro Meier

Vorstand Freunde der Verfassung und Co-Kampagnenleiter

Nach dem 13. Juni, an dem bereits über 1.3 Millionen Stimmbürger das Gesetz abgelehnt hatten, wurden innert vier Wochen über 180.000 Unterschriften gesammelt für ein erneutes Referendum – sowas gab es in der Schweiz noch nie. Dies zeigt, dass die Schweizer Bürgerrechtsbewegung effizient unterwegs ist und in weiten Kreisen der Bevölkerung über einen guten Rückhalt verfügt.

Das wichtigste Dokument in der Schweiz, welches unser Zusammenleben regelt, ist dieses rote Büchlein. Was darin steht soll und muss gelebt werden. Wenn sich politische Akteure anmassen, es nicht mehr zu respektieren, wäre es die Aufgabe der 4. Gewalt im Staat – der Medien – entschieden darauf hinzuweisen, und der Souverän muss die Einhaltung der Bundesverfassung durchsetzen.

Zur Erinnerung wiederhole ich drei sehr relevante Artikel aus der schweizerischen Bundesverfassung welche aktuell krass missachtet werden:

Artikel 8 BV, Rechtsgleichheit

- 1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- 2) Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung.

Artikel 10 BV, Recht auf Leben und Persönliche Freiheit

- 2) Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

Artikel 36 BV Einschränkungen der Grundrechte

- 3) Einschränkungen von Grundrechten müssen verhältnismässig sein.
- 4) Der Kerngehalt der Grundrechte ist unantastbar.

Die Zertifikatspflicht, durch welche der Zugang zu weiten Teilen des öffentlichen Lebens geregelt wird, benachteiligt rund 2 Million Schweizerinnen und Schweizer. Weil Sie nicht die vom Staat empfohlenen Arzneimittel verabreichen lassen wollen, werden Sie diskriminiert.

«Freiheit wird von niemandem gewährt. Freiheitsrechte bestehen als Naturrechte. Wenn der Staat darüber entscheidet, dass er Freiheit gewährt, ist der Staat kein Rechtsstaat mehr.» Zitat Prof. Michael Esfeld, Mitglied der Leopoldina und Wissenschaftsphilosoph an der Universität Lausanne

Der Bundesrat scheut davor zurück, einen direkten Impfpflicht zu verkünden. Stattdessen zieht er die Schrauben immer weiter an – so weit, bis Ungeimpfte keinen anderen Ausweg mehr sehen, als dem Druck nachzugeben. Das ist ein schändliches Vorgehen – und nichts anderes als ein indirekter

Impfzwang. Dieser massive Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist gefährlich für unsere Demokratie und richtet grossen gesellschaftlichen Schaden an.

Der Zugang zu den Vorlesungen in diversen Hochschulen wurde unterdessen genauso unter Zertifikatspflicht gestellt wie Konzerte, Restaurantbesuche im Innenbereich und der Zutritt zu Sport- und Freizeitanlagen, welche einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Bevölkerung haben. Ergibt das Sinn und ist das die Schweiz, in der wir künftig leben wollen?

- Wenn der Staat erwirkt, dass Fussballclubs die 3G-Regel praktizieren müssen und Ungeimpfte nicht ins Stadion lassen ...
- Wenn Regierungspropaganda auslöst, dass Arbeitgeber von ihren Mitarbeitern verlangen, sich impfen zu lassen und diese andernfalls nur im Homeoffice arbeiten dürfen ...

... so fördert dies die gesellschaftliche Spaltung und ist dies eine Bankrotterklärung der Regierung. Wer primär mit massivem verfassungswidrigem Druck und Schikanieren der Andersdenkenden an sein Ziel zu kommen versucht, handelt autoritär und missbraucht seine Macht.

Besonders verwerflich sind diese Verschärfungen, weil bekanntlich auch Geimpfte das Virus in sich tragen und folglich ansteckend sein können. Ebenfalls interessant ist, dass die Anzahl der Impfdurchbrüche stetig steigt. Vor kurzem haben zum Beispiel Dänemark, Schweden und Finnland die Covid-Impfung für unter 30-Jährige gestoppt, weil neue Daten bei der Impfung ein erhöhtes Risiko für Entzündungen am Herz bei Geimpften bestätigen. Dessen ungeachtet wird in der Schweiz besonders bei Jugendlichen der Impfdruck verstärkt – Impfbusse fahren an Gymnasien und Berufsschulen vor.

Ganz offensichtlich bröckelt die Evidenz, dass die Impfung das alleinige Heilmittel ist, um die Bevölkerung zu schützen und nur der «Plan A» der Regierung zielführend ist.

In einer Demokratie gibt es immer einen Plan B und die freie Entscheidung eines jeden Menschen ist zu respektieren!

«Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.» (Zitat Jean-Jacques Rousseau.)

Ich hoffe mit diesen Ausführungen aufgezeigt zu haben, dass die bestehende Diskriminierung mittels Covid-Zertifikat verfassungswidrig, unnützlich und in höchstem Mass verwerflich ist. Die Schweizer Bürgerrechtsbewegung steht ein für eine Schweiz, in der Grundrechte eingehalten werden und jeder Mensch gleichviel Wert ist. Deshalb setzen wir uns für ein Nein am 28.11. zum Covid-Zertifikat ein!